

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:  
**Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.**

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

07-09/2023/ Nr. 86

## Es ist Zeit, diese unreformierbare, kriegstreiberische EU zu verlassen

Liebe Leserin!

Lieber Leser!

Diese Ausgabe unserer Zeitschrift steht noch ganz unter dem Eindruck der niederschmetternden Nachricht, dass Verteidigungsministerin Tanner, zusammen mit der Schweiz, eine Absichtserklärung für einen Beitritt Österreichs zum NATO-Luftabwehrsystem „Skyshield“ unterzeichnet hat. Dabei haben noch nicht einmal alle NATO-Staaten ihre Teilnahmebereitschaft signalisiert. Wieder wurde ein aktuelles Geschehen, der Krieg in der Ukraine, zum Anlass genommen, um hinter dem Rücken und gegen den erklärten Willen der österreichischen (und auch der Schweizer) Bevölkerung mit der bewährten Salamtaktik weitreichende Tatsachen zu schaffen. Das entspricht genau dem Vorgang, wie er vom ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker in einem Anfall von Ehrlichkeit skizziert wurde. Sie finden seine Aussage in diesem Heft auf Seite 2. Schließlich praktizieren EU und NATO dieselben Methoden, sie sind dasselbe System, dieselbe Macht.

### Inhalt

- 1 Es ist Zeit, diese unreformierbare, kriegstreiberische EU zu verlassen.
- 2 Bürgerfeindliche Fehlkonstruktion EU
- 2 Internetnutzer werden belauscht und verkauft
- 3 Die EU will 66 Milliarden mehr
- 3 Beginnt der US-geführte Westen, einen Ausweg aus dem Ukraine-Abenteuer zu suchen ?
- 4 Lesens-, sehens-, hörens Wert
- 4 Wussten Sie?
- 6 Lesermeinungen
- 7 Positives, Erfreuliches
- 8 Impressum

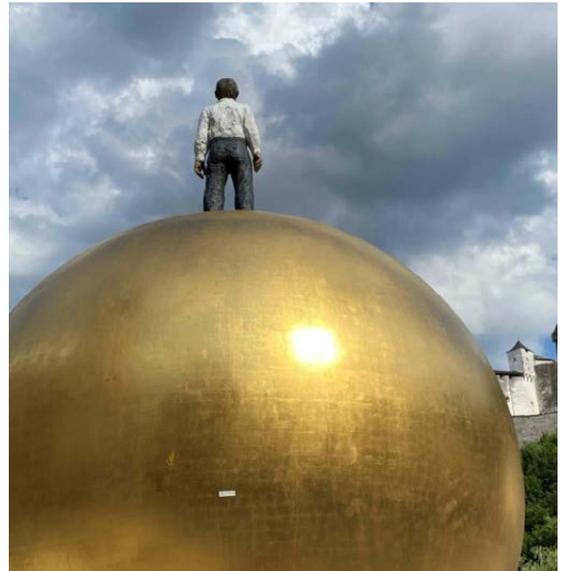
Es gibt keinerlei Anzeichen, dass Russland Österreich bedroht, und schon gar nicht, wenn Österreich seiner Neutralitätsverpflichtung ernsthaft nachkommen würde. Dieser Neutralitätsbruch ist also weder demokratisch, noch politisch, noch militärisch gerechtfertigt.

Sollte diese – rechtlich unverbindliche – Absichtserklärung tatsächlich umgesetzt werden, so würde das einen Riesenschritt zu einer NATO-Vollmitgliedschaft bedeuten und Österreich noch tiefer in den auf dem Rücken der Ukraine ausgeprägten Krieg der NATO gegen Russland und alle ihre weiteren Kriege, vielleicht einmal gegen China, hineinziehen.

Wir hoffen sehr, dass das nicht geschieht, müssen dafür aber auch etwas tun. NFÖ und IHU haben zu diesem Anlass eine gemeinsame Protest-Presseerklärung herausgegeben, die Sie unter „Lesenswert“ (Seite 4) finden. Unsere Unterschriften-Sammelaktion für eine Beendigung der Sanktionen gegen Russland läuft weiter. Es ist für

Oktober in Wien auch eine große Demonstration für den ÖXIT geplant. Sie finden einen Hinweis dazu auf Seite 8.

Betroffen gemacht haben uns auch die Ereignisse im westafrikanischen Niger, die so ganz andere Hintergründe haben, als sie in den zensurierten westlichen



### Goldene Kugel auf dem Kapitelplatz in Salzburg

Ein Mensch steht breitbeinig auf dieser etwa neun Meter hohen goldenen Kugel, die wohl unseren Planeten darstellen soll. „Der Mensch als Beherrscher der Welt“, hat sich möglicherweise der Künstler Stephan Balkenhol gedacht.

Ob aber der Mensch sich dabei nicht überhebt, wenn er glaubt, die Natur im Griff zu haben und die Welt beherrschen zu können, von der dem Menschen genehmen, künstlich erzeugten Idealtemperatur bis zur vom Menschen geschaffenen „Neuen Weltordnung“? Ob er sich dabei nicht selbst das Unglück schafft? Hochmut kommt bekanntlich vor dem Fall.

Bild: rp

Medien dargestellt werden. Denn der neu eingesetzte Präsident ist nicht nach deren Geschmack. Sie sähen es lieber, wenn die ehemalige Kolonialmacht Frankreich dieses Land noch weiter ausbeuten könnte. Genaueres erfahren Sie ebenfalls unter dem entsprechenden Link in „Lesenswert“.

Liebe Leser, wir hoffen, Sie hatten einen erholsamen Sommer und wünschen Ihnen alles Gute für die kommende Zeit.

Ihr NFÖ-Redaktionsteam

*Gesunder Menschenverstand kann fast jeden Grad von Bildung ersetzen aber kein Grad von Bildung den gesunden Menschenverstand.*

Arthur Schopenhauer

## Bürgerfeindliche Fehlkonstruktion Europäische Union

Würde die EU bei sich selbst um Aufnahme ansuchen, müsste sie wegen unzureichend ausgebildeter demokratischer Standards abgewiesen werden. Dieser doppelte Maßstab – hier die Forderungen an die Mitgliedsstaaten, dort das Demokratiedefizit, das die EU bzw. ihre Vorgängerorganisationen von Anfang an kennzeichnete – wurde jahrzehntelang ohne wesentliche Änderungen beibehalten. Das lässt nur den Schluss zu, dass dieser Zustand so gewollt war und ist. Dadurch konnte sich eine den Mitgliedern übergeordnete Machtstruktur mit Weisungsbefugnis etablieren, die der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen ist, sich die Regeln nach eigenem Gutdünken selbst gibt und frei darüber entscheidet, ob sie sie einhält oder nicht.

Zugleich konnte die EU im Laufe der Zeit immer mehr Zuständigkeiten an sich ziehen. Erstreckten sie sich anfangs nur auf Kohle und Stahl, den Handel und die Landwirtschaft, so mischt sie sich heute in immer mehr Lebensbereiche ein, vom Fauna-Flora-Habitat über Strompreisgestaltung und Vermögensregister bis hin zur Wärmedämmung der Häuser, um nur einige Beispiele zu nennen.

**Den Staaten beließ man zwar zum Schein ihre Demokratie, die maßgeblichen Entscheidungen fallen aber woanders** und müssen in staatliches

Recht umgesetzt werden. So kann man die Demokratie aushöhlen, ohne sie offiziell abschaffen zu müssen – ein Täuschungsmanöver, eine (demokratie)feindliche Übernahme.

**Die für eine Demokratie unerlässliche Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative löst sich in der EU in einem Verfahren auf, das sich „Trilog“ nennt, aber auch Mauschelei genannt werden könnte.** Es ist ein vollkommenes Kompetenzenwirrwarr: Das EU-Parlament ist kein Parlament, weil es keine Gesetzgebungsbefugnis hat, sondern nur vage Vorgaben und Kommentare abgeben kann. Die Regierungsmitglieder, vertreten im EU-Rat, sind in ihren Ländern die Exekutive und somit den Parlamenten Rechenschaft schuldig. Auf EU-Ebene beschließen sie aber Gesetze, die die nationalen Parlamente binden. Die Kommission wäre in einer funktionierenden Demokratie die Regierung, also die Exekutive, hier beschließt sie jedoch als „delegierte Rechtsakte“ Gesetze, die keine Gesetze sind, sondern Richtlinien und Verordnungen, die aber in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden müssen. Somit wurde aus der Kommission, die weder Regierung, Parlament oder Strafbehörde und doch alles in einem ist, ein zentraler Machtfaktor. Es ist kein Wunder, wenn die Kommission in so manchen Kommentaren mit dem Politbüro der unter-

gegangenen Sowjetunion verglichen wird. Die Missachtung der Gewaltenteilung beschränkt sich nicht auf die verfilzte Rechtsfindung über den Trilog von Parlament, Rat und Kommission. Es kommt noch der kurz als EuGH bezeichnete Europäische Gerichtshof in Luxemburg dazu.

Er hat die primäre Aufgabe festzustellen, ob das Recht der EU eingehalten wurde. Rechtsstreitigkeiten entstehen, wenn Bürger, Organisationen oder auch Staaten der Ansicht sind, dass ihre Rechte von Behörden verletzt wurden. Wie soll aber darüber der EuGH befinden, wenn er sich in erster Linie als Verteidiger des EU-Rechts begreift, das den Entscheidungen der jeweiligen Behörden zugrunde liegt? Es ist die Unparteilichkeit des Gerichts nicht gewährleistet und rechtsstaatliche Grundsätze sind außer Kraft gesetzt.

**Die EU agiert in einem von ihr geschaffenen Graubereich, indem sie ihre Ansprüche ständig erweitert ohne sich festzulegen.** Die Menschen spüren, dass hier in einer „permanenten Revolution von oben“ anonyme Kräfte am Werk sind, die ihre Marionetten vorschicken, sich selbst aber im Hintergrund halten. Und das heißt nichts Gutes. Es ist Zeit, sich von der Umklammerung durch dieses groteske, undemokratische und unreformierbare Gebilde EU, das vielfach als Befehlsempfänger der USA handelt, endlich zu lösen und statt dessen eine Organisation aufzubauen bzw. wiederzubeleben, die wirklich den Interessen der Europäer dient, wie zum Beispiel die EFTA.

Quelle: [deutsche-wirtschafts-nachrichten.de](http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de)

*Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.*

Jean-Claude Juncker, Ex-EU-Kommissionspräsident

## Internet-Nutzer werden belauscht und verkauft

Vielleicht waren manche schon einmal mit der Bemerkung konfrontiert: *Neulich habe ich nach diesem und jenem Ding im Internet gesucht, und seither taucht ständig Werbung für ähnliche Produkte auf meinem Bildschirm auf.* Das erzeugt begreiflicherweise ein ungutes Gefühl. Es ist, als ob man beobachtet oder belauscht würde. Internet-Benutzer erzeugen permanent Daten und tragen diese mit dem Handy auch noch ständig mit sich herum. Digitales „Tracking“ ist das Nachverfolgen dieser digitalen Spuren mittels „Cookies“ oder „Software-Development-Kits“ (SDKs), um daraus abzuleiten, welche Interessen jemand hat oder welchen Aktivitäten er an diesen und jenen Standorten nachgeht.

Die meisten Menschen, die im Internet surfen oder ständig ein Handy bei sich tragen, sind sich gar nicht bewusst, welches Ausmaß das Nachverfolgen der hinterlassenen Daten angenommen hat und welche Folgen Tracking hat bzw. haben kann.

Es wird inzwischen von den Internet-Konzernen in großem Stil betrieben und stellt neben der Werbung ihr einträglichstes Geschäftsmodell dar mit weltweit über 600 Milliarden Dollar Umsatz (2022). Die gewonnenen Daten werden systematisiert, in Kategorien wie „Einkommen über 4000 Euro“, „politisch rechts“, „geschieden“, „kaufstüchtig“ oder „fragile Senioren“, eingeteilt und an interessierte Kunden, das können Behörden, Parteien oder Un-

ternehmen sein, verkauft.

Wenn jemand die intimsten Interessen und Details von Millionen oder Milliarden Menschen kennt, kann man sich vorstellen,



*Diese Art der optischen Kameras zur Beobachtung oder Belauschung, u.U. auch zur Spionage gehören fast schon zum „alten Eisen“. Google, Facebook & Co haben mit ihren digitalen Programmen die Effizienz fast ins Unendliche gesteigert.*

Bild: Screenshot

(Fortsetzung auf Seite 3)

len, welche infrastrukturelle Macht Technologiekonzerne wie Google, Facebook, Deutsche Telekom oder ProSiebenSat1 angehäuft haben. **Sie entscheiden möglicherweise über den Ausgang von Wahlen oder über wirtschaftliche Erfolge von Unternehmen u. a.**

## Die EU will 66 Milliarden Euro mehr von ihren Mitgliedern

Es ist noch nicht einmal Halbzeit, und schon geht Brüssel in der laufenden Haushaltsperiode das Geld aus. Die EU-Kommission fordert deshalb jetzt von den Mitgliedsstaaten zusätzlich zu den laufenden Zahlungen im Rahmen des 2020 – 2027 beschlossenen Budgets von jährlich 150 Milliarden Euro weitere 66 Milli-



Auch hier im EU-Palast in Straßburg versickern über die Jahre die Milliarden. Die Trockenlegung der Sumpfe wäre längst notwendig.

Bild: rp

Die meisten Menschen lehnen diese Form von heimlicher Macht, von Überwachung und Geschäftemacherei hinter ihrem Rücken und auf Kosten ihrer Freiheit ab. Niemand weiß ob oder wie das digitale Tracking, das heute stattfindet, ihm in Zukunft schaden und welche Aus-

arden. Gleichzeitig genehmigte man sich eine 15-prozentige Gehaltserhöhung für Politiker und Beamte.

Budgetkommissar Johannes Hahn be ruft sich auf die „Krisen der vergangenen Jahre“ und auf „künftige Herausforderungen“. Dabei wird er vermutlich an den Krieg in der Ukraine gedacht haben, der

von der EU im Auftrag der USA finanziert und an der Seite der NATO geführt wird.

**So ist tatsächlich der Großteil des Geldes, nämlich 50 Milliarden, als finanzielle Reserve für die Ukraine veranschlagt.** Der Rest soll für die Unterstützung der Nachbarstaaten, die

wirkungen es auf die Gesellschaft insgesamt haben wird.

Die Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) der EU zeigt in diesem Bereich des Trackings durch die großen Digitalkonzerne noch wenig Wirkung. Warum wohl?

Quellen: [netzpolitik.org](http://netzpolitik.org); [wikipedia.org](http://wikipedia.org)

Bewältigung der Migration, grüne Technologien und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit verwendet werden, letzten Endes also zum Flickern von Schäden, die die Politik der EU in wesentlichen Teilen selbst verursacht hat.

Treffen wird das wie immer vor allem die Nettozahler. Für Österreich wären das zusätzliche 1,6 Milliarden Euro. BK Nehammer, dessen ÖVP mehr und mehr die Felle an die FPÖ davonschwimmen sieht, spricht sich medienwirksam dagegen aus. Er sieht Einsparpotenziale bei der Verwaltung der EU und den Einsatz von Finanzmitteln aus dem Kohäsions- und dem Wiederaufbaufonds. Wie weit er sich mit seiner Ansicht durchsetzen wird, steht in den Sternen.

Die Grünen sehen das naturgemäß anders. Sie wollen lieber einen Krieg am Laufen halten, der durch eine klügere Politik hätte verhindert werden können.

Quelle: [tichyseinblick.de](http://tichyseinblick.de)

## Beginnt der US-geführte Westen, einen Ausweg aus dem Ukraine-Abenteuer zu suchen?

Geschehnisse der letzten Wochen sprechen für diese positive Perspektive, die einiges an Wahrscheinlichkeit für sich hat. In diesem Zeitraum gab es einen zunächst geheim gehaltenen Besuch des CIA-Direktors William J. Burns in Kiew, den die renommierte „Washington Post“ etwas später ausführlich kommentierte. Sie berichtet, dass dabei auch über die Vorbereitung von Verhandlungen mit Russland gesprochen wurde, die im Herbst oder bis Jahresende beginnen sollen. Es ist die Rede davon, dass die angeblich noch kommenden ukrainischen Erfolge auf dem Schlachtfeld bis zur Krim Kiew in eine starke Position bei den Verhandlungen bringen sollen. Das ist natürlich Unsinn, denn dass die CIA noch an nennenswerte Erfolge der nun seit Monaten vollkommen erfolglos verlaufenden ukrainischen Offensive, der bereits die Soldaten ausgehen, glaubt, ist mehr als unwahrscheinlich. In Wahrheit will der Westen von der kollektiven Niederlage gegen Russland ablenken und sie Kiew in die Schuhe schieben.

Es scheint, dass das Papier der „Rand-

Corporation“, einer der einflussreichsten Denkfabriken in den USA, vom Jänner d. J. umgesetzt wird. Darin wurde der US-Regierung empfohlen, einen Ausweg aus dem Ukraine-Abenteuer zu suchen, denn die Ziele, die die USA in der Ukraine verfolgt haben – sprich: Russland wirtschaftlich zu zerschlagen, international zu isolieren und die russische Armee entscheidend zu schwächen – wurden nicht erreicht. Man scheint sich in den USA darüber klar geworden zu sein, dass es keinen Ausweg aus dem Ukraine-Abenteuer gibt, solange der NATO-Beitritt der Ukraine noch im Raum steht, und dass man Russland bei den anstehenden Verhandlungen etwas bieten muss. Das macht die abwartende bis ablehnende Haltung des Westens auf dem jüngsten NATO-Gipfel in Litauen gegenüber den Forderungen Kiews eines baldigen NATO- und EU-Beitritts verständlich.

**Die Eskalation des seit 2014 im Donbass tobenden Krieges und hunderttausende Tote hätten verhindert werden können, wenn der Westen den NATO-Ambitionen der Ukraine eine Absage erteilt hätte,**

wie es die Russische Föderation in den Vertragsentwürfen für gegenseitige Sicherheitsgarantien im Dezember 2021 und in zahlreichen anderen Stellungnahmen bereits Jahre zuvor vorgeschlagen hat.

Quellen: [anti-spiegel.ru](http://anti-spiegel.ru); [wikipedia.org](http://wikipedia.org)



In einem Interview für „Worldview Report“ verrät der US-General a.D. und ehemalige Nationale Sicherheitsberater des Ex-US-Präsidenten Donald Trump, Michael Flynn, was die Ukraine heute auf der internationalen Bühne so macht. Seinen Aussagen zufolge ist die Ukraine eine Drehscheibe für den Handel mit Menschen, insbesondere Kindern, sowie mit Drogen und Waffen – ganz zu schweigen von den Biolabors. Das alles soll u. a. der Geldwäsche dienen.

Quelle: [www.diefreimeinung.de](http://www.diefreimeinung.de)

Bild: screenshot

## Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

- **Systemversagen. Warum wir in eine multiple Krise geraten sind.** Buchautorin: Gudula Walterskirchen. Anstatt sich dem allgemeinen Wohl, der Friedenssicherung, wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Gesundheitsförderung oder Wahrung der Menschenrechte zu widmen, setzen sich in den Internationalen Organisationen zunehmend mächtige Eliten und das Recht des Stärkeren durch.
- **Protest gegen schwarz-grüne „Absichtserklärung“, dem NATO -“Skyshield für Europa“ beitreten zu wollen.** APA-OTS Presseaussendung von NFÖ und IHU [www.ots.at/presseaussendung/](http://www.ots.at/presseaussendung/)
- **Kampf um das Kind - Legalisierung der Leihmutterschaft.** Finanzstarke Paare können gegen Entgelt den Körper einer Frau, einer „Leihmutter“ in Anspruch nehmen, unabhängig davon, in welchem Land die Leihmutter ihr Kind zur Welt bringt und wie lange sie es aufzieht. Entsprechende Schritte in Richtung Erleichterung und Legalisierung wurden von der EU-Kommission bereits gesetzt. Leihmutterschaft verstößt jedoch nicht nur gegen das Wohl und die Würde von Kindern, sondern degradiert außerdem Frauen zu Objekten, zumal Leihmutter-schaftsverträge oft sklavenähnliche Bedingungen für Leihmütter enthalten. Artikel in der Wochenzeitung „Die Tagespost“, 23/03/23.
- **Nobelpreisträger für Physik 2022 bezeichnet die Erzählung vom angeblichen „Klimanotstand“ als „Pseudowissenschaft“.** Artikel von Jan Walter. Der Mitgewinner des Nobelpreises für Physik 2022 Dr. Johann Clauser hat einen scharfen Angriff auf das Narrativ vom „Klimanotstand“ gestartet. [www.legitim.ch](http://www.legitim.ch)
- **Wer hat Angst vor der Neutralitätsinitiative?** Gezielte Unterstellungen sollen sachliche Diskussionen ersetzen. Artikel von René Roca. [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)
- **Niger lehnt auf Regeln basierende Ordnung ab.** Das ärmste Land Afrikas mit einem skandalös niedrigen BIP von ca. 360 US-Dollar pro Einwohner ist ein Opfer neokolonialer Ausbeutung, vor allem durch Frankreich und die EU. <https://seniora.org/politik-wirtschaft/niger-lehnt-auf-regeln-basierende-ordnung-ab>
- **So verlor ich den Glauben an die etablierten Medien.** Die großen Medien, sowohl die gebührenfinanzierten, wie die der privaten Konzerne haben in allen Kriegen krachend versagt. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, das Handeln der Regierungen in Frage zu stellen, statt dessen haben sie sich in vielen Fällen als Lausprecher der Regierungspropaganda und als Kriegstreiber betätigt. Artikel. [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)
- **Welche Sicherheitsgarantien Russland bei Friedensgesprächen fordern dürfte. Umsetzung des RAND-Papiers.** Worum geht es dabei? [www.anti-spiegel.ru](http://www.anti-spiegel.ru)

## Wussten Sie.....?

### Die Heuchelei um das russisch-ukrainische Getreideabkommen

Russland hat Mitte Juli das unter Vermittlung der UN und der Türkei mit der Ukraine abgeschlossene Getreideabkommen nicht mehr verlängert. Für die hetzerische Berichterstattung der meisten Medien und Stellungnahmen westlicher Politiker war das natürlich eine Steilvorlage. Das Auslaufen des Getreideabkommens sei „besonders schlimm für Menschen in Ostafrika, Afghanistan oder Jemen, die Hilfe brauchen“, hieß es, von „Putins Spiel mit dem Hunger“ war die Rede, und es erging die Aufforderung an ihn, „es zu unterlassen, Hunger als Waffe einzusetzen“, oft unterlegt mit Bildern hungernder Kinder. Die ärmsten Länder der Welt bei dieser Kritik für sich zu vereinnahmen, ist heuchlerisch. Nach den Daten der UN gingen nur sechs Prozent (nach der Einstufung der Weltbank drei Prozent) der unter diesem Abkommen verschifften ukrainischen Getreidelieferungen in diese Länder. 81 Prozent der Lieferungen gingen nach China und die reichen Staaten

des Westens, wo das Getreide meist als Tierfutter verwendet wird.

Laut WWF („World Wide Fund For Nature“) wurden im letzten Jahr ganze 14 Millionen Tonnen Mais in den USA bereits auf den



Russisches Getreidelager

Bild: anti-spiegel.ru - Screenshot

Farmen vernichtet, weil sich die Ernte und der Export finanziell nicht lohnen. Das sind rund 50 Prozent mehr, als die genannten armen Staaten insgesamt an Getreide importieren. **Die USA und die EU müssten sich also nur zu Ernte und Export überwinden, und die Ernährungssicherung der ärmsten Länder wäre gewährleistet.**

Doch darum geht es gar nicht, so traurig das ist. Es geht um die Exporteinnahmen der Ukraine. Mit dem Wegfall des von Russland besetzten Kohle-, Stahl- und Industriereviere im Osten des Landes ist die Ukraine in puncto Exporte auf die Rolle eines Agrarstaats geschrumpft. Dass Russland ein Interesse daran hat, die Einnahmen der Ukraine wegbrechen zu lassen, ist verständlich. Jeder Dollar, den die Ukraine nicht auf den Weltmärkten einnimmt, muss ihr schließlich, so will es der Westen offenbar, von ihren Finanziers überwiesen werden. Der Westen will ja immer noch, dass die Ukraine Russland besiegt. Und das geht nicht ohne Geld. Das eigentliche Opfer des auslaufenden Getreideabkommens ist also nicht einmal die Ukraine, und es sind schon gar nicht die hungernden Kinder in Afrika, sondern die Steuerzahler vor allem in Europa, die nun noch mehr Milliarden lockermachen müssen.

Quelle: nachdenkseiten.de; unctad.org

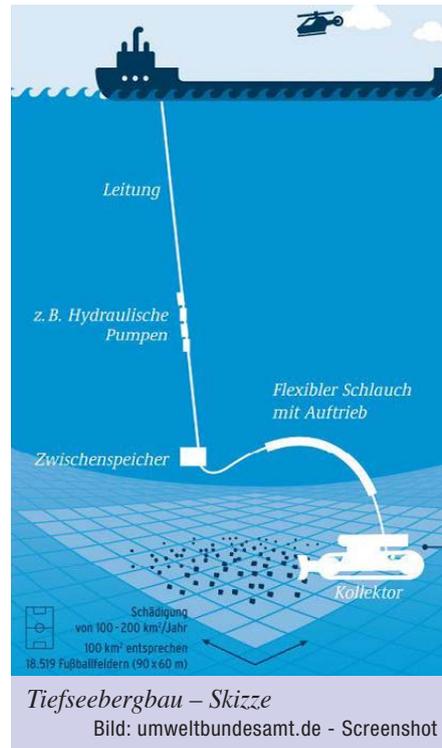
## Norwegen will Tiefseebergbau erlauben

Die norwegische Regierung beabsichtigt einen Teil des Meeresbodens für den großflächigen, industriellen Abbau von Mineralien zur Verfügung zu stellen. Die schrittweise Öffnung von 280 000 Quadratkilometern Fläche des Meeresbodens für die Tiefseeerkundung – das entspricht etwa der halben Fläche Frankreichs – könnte Norwegen zu einem weltweit bedeutenden Produzenten von Mineralien machen und Chancen auf einen komplett neuen Wirtschaftszweig eröffnen. „Wir brauchen Mineralien, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten“, erklärte der zuständige Energieminister.

Auf und unter dem Meeresboden werden eine ganze Reihe begehrter Metalle vermutet, zum einen aus Sulfidvorkommen, gebildet aus heißen Quellen, wo es auch Kupfer, Zink, eventuell Gold, Blei und Silber geben kann, und aus manganreichen Krusten, in denen Eisen, Aluminium und Titan, möglicherweise auch Kupfer, Nickel, Kobalt und Seltene Erden enthalten sind. Norwegen mit seiner Erfahrung in der Ölbranche, maritimer Technik und Bergbauwesen bringe die besten Voraussetzungen für den völlig neuartigen Bergbau auf dem Meeresgrund in industriellem Maßstab mit.

Für zahlreiche Alltags- und Hightech-Geräte, sowie viele neue Umwelttechnologien, von Glühbirnen, über Handys und Elektroautos bis hin zu Kampfflugzeugen, werden diese Metalle und Seltenen Erden benötigt. Die Realisierung des norwegischen Tiefseebergbauprojekts würde die Abhängigkeit von China in diesem Bereich verringern helfen.

Umweltschutz- und Fischereiorganisati-



onen laufen dagegen Sturm. Zum Abbau der Metalle werden starke Chemikalien benötigt. Das führe zu großen Mengen giftiger Abfälle und habe bereits beim gewöhnlichen Bergbau schwere Umweltkatastrophen verursacht. Man wisse noch viel zu wenig darüber, um die Folgen abschätzen zu können. Mehrere internationale Fachorganisationen haben vor Tiefseebergbau gewarnt. Man riskiere die Zerstörung des einzigartigen maritimen Ökosystems mit schwerwiegenden Folgen für die Natur, das Klima und auch die vom Meer abhängige Wirtschaft. Dieses Risiko dürfe man nicht eingehen.

Es wird bereits über ein internationales Moratorium diskutiert, und einige bedeutende Unternehmen haben erklärt, keine derartigen Projekte finanzieren und Rohstoffe von daher beziehen zu wollen. Der norwegische Regierungsvorschlag soll im Herbst im Parlament in Oslo diskutiert werden. Quellen: polarkreisportal.de; watson.ch

**Wo aber bleibt der Aufschrei der sogenannten Umweltparteien? Oder hat die NATO als stärkster Treiber dieses Katastrophenprojekts das in Hinterzimmern zugestandene Privileg, die Umwelt nach Belieben schädigen zu dürfen?**

## EU-Kommission erweitert die Zulassung von Gentechnik in Lebens- und Futtermitteln

Eines der Versprechen, mit der man uns Österreicher bei der Abstimmung 1994 in die EU gelockt hat, war das Verbot von Gentechnik – eine Zusage, die von Anfang an nie vollständig eingehalten wurde. Im Laufe der Zeit ist die Zulassung von genveränderten Pflanzen nach und nach ausgeweitet worden, ohne dass österreichische Politiker sich dem ernsthaft widersetzt hätten.

Nun sind zur Freude der Gentechnik-Lobby weitere Schritte in Richtung vollständiger Freigabe von Gentechnik und US-amerikanischen Verhältnissen erfolgt.

Die EU-Kommission hat drei gentechnisch veränderte Maissorten für die Verwendung als Lebens- und Futtermittel vorläufig für die Dauer von zehn Jahren erlaubt. Außerdem ist die Zulassung für drei Sojabohnenpflanzen und einer Baumwollpflanze erneuert worden. Zu-

sätzlich hat die Kommission Anfang Juli Pläne für einen deutlich lockereren Umgang mit der Neuen Gentechnik (NGT) vorgestellt. Neue Mutationsverfahren wie etwa die Genschere CRISPR/Cas sollen demnach künftig einfacher zum Einsatz kommen können. Derart bearbeitete Pflanzen müssen nicht mehr als gentechnisch verändert gekennzeichnet werden. Sie werden größtenteils ohne die bisherigen Verfahren betreffend Risikobewertung, Rückverfolgbarkeit und Zulassung als natürlich vorkommende Pflanzen eingestuft und fallen nicht mehr unter die Anforderungen der geltenden Gentechnik-Richtlinie, die in Hinkunft nur mehr für Pflanzen mit komplexeren gentechnischen Veränderungen Gültigkeit haben soll.

Nach Ansicht der Kommission würde diese Deregulierung zu einem „nachhaltige-



*Maissorte nach Wunsch kreativer Geschäftsleute? Bunt und „resistent gegen alles, sogar gegen den Menschen“ !?*

Bildquelle: koptisch.wordpress.com.jpg - screenshot

ren Lebensmittelsystem“ beitragen, dem Klimawandel entgegenwirken und den Umweltschutz fördern, indem Pflanzen schneller gezüchtet werden können, die widerstandsfähiger gegen Wassermangel oder Schädlinge sind. Ein erhöhtes Risikopotenzial für die menschliche Gesundheit kann die EU-Kommission nicht erkennen.

Quelle: infosperber.ch

**Wer aber übernimmt die Verantwortung?**

## ZDF-Kindersendung erklärt, wie gefährlich die AfD ist

Wegen der hohen Umfragewerte der freiheitlich-konservativen AfD vor allem im Osten mit mehr als 20 % Zustimmung und die dort anstehenden Landtagswahlen schrillen im deutschen politischen Establishment die Alarmglocken. Die Gefahr des eigenen Bedeutungsverlusts lässt deshalb auch schon einmal zu demokratiepolitisch äußerst fragwürdigen Maßnahmen greifen.

So scheute das zwangsgebührenfinanzierte ZDF in der Nachrichtensendung „Logo“ seines Kinderkanals „Kika“ nicht davor zurück, bereits die kleinen Zuseher, die in politischen Dingen völlig unbedarft sind, auf hinterhältige Art und Weise unter dem Anschein von Sachlichkeit vor der Gefährlichkeit der AfD zu warnen. In der Sendung

sind folgende Textpassagen zu hören:

*Die Partei AfD sieht viele Dinge sehr anders als andere Parteien. Gerade in Thüringen haben einige Mitglieder der AfD rechtsextreme Ansichten. Rechtsextreme sind zum Beispiel der Meinung, dass Menschen mit anderer Hautfarbe oder Religion weniger wert sind. Rechtsextreme sind auch gegen Menschen, die aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind, weil sie fliehen mussten oder weil sie hier arbeiten wollen. Rechtsextreme finden, die sollen weg aus Deutschland. Außerdem reden einige AfD Mitglieder immer wieder schlecht über das politische System in Deutschland. Und sie versuchen offenbar, die Deutschen wütend darauf zu machen.*

*Viele finden das gefährlich ... und haben die Sorge, dass die AfD in Zukunft immer mehr Ämter bekommen könnte und so auch Leute mit rechtsextremen Ansichten in Deutschland immer mehr Macht bekommen und bestimmen dürfen.*

Die Aussagen werden noch verstärkt durch entsprechende Grafiken, etwa durch einen erhobenen Zeigefinger oder ein rot leuchtendes Alarmlicht. Bei Kindern wird hängen bleiben, dass man vor der AfD Angst haben muss. So etwas zu vermitteln, kann nicht Aufgabe eines öffentlich-rechtlichen Senders eines Staates sein, der sich demokratisch nennt. So etwas passt eher zur politischen Indoktrination in autoritären Staaten.

*Quellen: reitschuster.de; alexander-wallasch.de*

## Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

### Die Irrlehre Klima-Religion

Seit Jahren wird vom IPCC behauptet, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen maßgeblich für die Erderwärmung verantwortlich sind. Weiters wird behauptet, dass dies wissenschaftlich abgesichert ist. Stimmt nicht, behaupten ehemalige IPCC Mitarbeiter, nachdem sie ihre Verbindungen mit dem IPCC gekappt haben. Hier eine kleine Auswahl solcher Meinungen unabhängiger Experten: „Die Erklärung des IPCC zum Klimawandel ist eine inszenierte Litanei von Lügen“ (Dr. Vincenz Gray). „Es gibt viele Faktoren, die den Klimawandel verursachen. Nur die Treibhausgase zu berücksichtigen, ist unsinnig und schädlich“ (Dr. Kiminori Itoh). „Der IPCC-Prozess wird eher von der Politik als von der Wissenschaft angetrieben.

Er verwendet Zusammenfassungen, um die Aussagen der Wissenschaftler falsch darzustellen“ (Dr. Richard Linzen). „Ich

*„Das populäre Narrativ über den Klimawandel spiegelt eine gefährliche Korruption der Wissenschaft wider, die die Weltwirtschaft und das Wohlergehen von Milliarden Menschen bedroht. Die fehlgeleitete Klimawissenschaft hat sich zu einer massiven schlagzeilenträchtigen Pseudowissenschaft ausgeweitet.“*

John. F. Clauser, Nobelpreisträger für Physik 2022

bin felsenfest davon überzeugt, dass die Theorie der anthropogenen globalen Erderwärmung falsch ist“ (Dr. Miklos Zagoni). „Der Mensch hat nur ein paar Zehntel Grad zur Erderwärmung der Erde beigetragen. Die Sonnenaktivität ist die wichtige Triebkraft des Klimas“ (Dr. Rosa Compagnucci). „Es gibt keinen nachgewiesenen Zusammenhang zwischen menschlicher Aktivität und globaler Erderwärmung. Ich denke, in Panik über die globale Erderwärmung zu verfallen, ist völlig ungerechtfertigt. Es gibt keine ernsthafte Bedrohung für das Klima. Die Wissenschaft irrt sich empor“ (Dr. Juri Izrael). Heute würde Sir Karl Popper an Stelle von „irrt“ vermutlich das Wort „schwindelt“ verwenden.

*Alwin Häle, Muntlix*

### Wir protestieren gegen die Teilnahme Österreichs am Nato-Skyshield!

*Österreich verschafft sich damit das Risiko, dass Sicherheitsinteressen Vorrang vor Demokratie haben – auch ohne formeller NATO-Mitgliedschaft. Wobei das Risiko keineswegs nur eines für die Demokratie ist! Wenn Österreich Russland absichtlich provoziert und sich irgendwann freut, dass manche Raketen, die Österreich treffen sollten, eh abgeschossen werden, ist dies eine Chuzpe gegenüber dem österreichischen*

*Volk! Und hinter der rein militärisch verstandenen Sicherheit steht oft das Geschäftsinteresse der Waffenindustrie. Aus lauter Angst vor der weltgeschichtlichen Größe der Aufgabe, die Österreich 1955 mit seiner Neutralitätsverpflichtung auf sich nahm, scheinen Österreichs Politiker zu viel auf Waffen und Krieg, aber zu wenig auf Vernunft und Frieden zu setzen! Und das in unserem Zeitabschnitt, in dem eigentlich die weltweite Koope-*

*ration zur Minderung der Klima- und Umweltschäden nötig wäre! Wenn schon die Staaten die Lösung ihrer Beziehungsprobleme nur durch den Sieg der einen Partei über die andere, also nur über Leichen für möglich halten, dann wundert es wenig, dass die Zahl der Tötungsdelikte auch im Privatbereich so stark ansteigt!*

Zitat aus dem Offenen Brief von em.Univ.-Prof Erwin Bader an BK Nehammer vom 16. Juli 2023

## Die Macht der USA muss gebrochen werden

Friedensveranstaltungen für die Ukraine werden leider nichts bringen, solange nicht die Macht der USA gebrochen wird. Die USA hat den Krieg geplant und in die Wege geleitet, und die Ukraine ist ein Marionetten-Staat der USA. Die EU-Staaten

machen, was die USA will, und der Marionetten-Präsident Selenski unterdrückt alle Friedensbemühungen gewaltsam. Ist es ausreichend, wenn die BRICS-Staaten den Dollar zu Fall bringen, oder muss erst China gegen die USA bzw. gegen die Nato

einen Krieg beginnen? Die Verringerung des Waffen- und Munitionsbestandes der NATO wegen der Lieferungen an die Ukraine ist für China von Vorteil.

*Leserbriefschreiber der Red. bekannt*

*Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.*

## Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

### Russisches Parlament beschließt Verbot von Geschlechtsumwandlungen

In dritter und letzter Lesung haben die Abgeordneten der russischen Staatsduma ein Gesetz über das Verbot von Geschlechtsumwandlungen verabschiedet. Die Abgeordneten haben die Initiative einstimmig unterstützt. An dem Entwurf wurde eine Reihe von Änderungen vorgenommen, darunter die Auflösungsmöglichkeit der Ehe im Falle einer Geschlechtsumwandlung eines der Ehepartner, sowie ein Verbot der Adoption von Kindern und der Übernahme von Vormundschaften durch „Transgender“-Personen. Medizinische Eingriffe im Zusammenhang mit der Behandlung von angeborenen Anomalien oder Fehlbildungen sowie genetischen oder endokrinen Krankheiten, die mit einer Störung bei der Bildung der Geschlechtsorgane bei Kindern einherge-

hen, können jedoch vorgenommen werden, wenn die Entscheidung von einer medizinischen Kommission einer dem Gesundheitsministerium unterstellten Einrichtung getroffen wird.

In einer Stellungnahme aus dem Parlament hieß es sinngemäß: *Russland ist das einzige europäische Land, das diesem bedenklichen Trend, der sich in den USA und in Europa mit enormer Geschwindigkeit ausbreitet, entgegenwirkt. Wir tun alles,*



Russisches Parlament (Staatsduma)

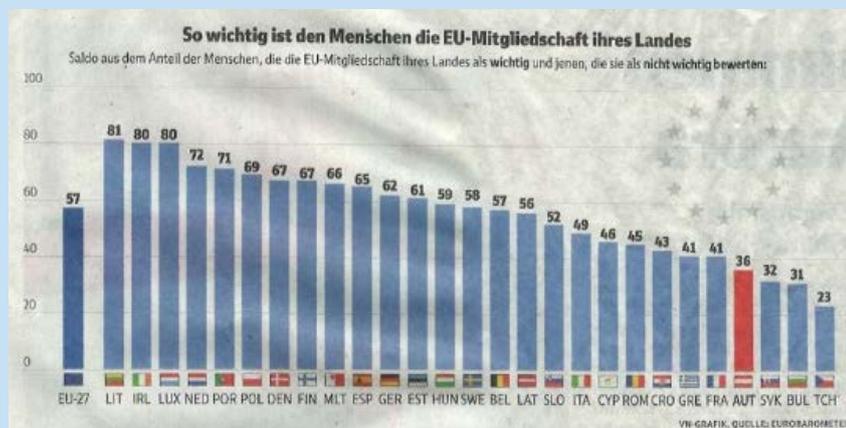
Eröffnung der Plenarsitzung durch Präsident W. Putin

Bild: en.kremlin.ru - Screenshot

*um die traditionellen Werte der Familie zu bewahren. Diese Entscheidung schützt unsere Bürger und Kinder, damit wir jemanden haben, dem wir unser Land hinterlassen können.*

*Quelle: odysee.com*

### Den Österreichern ist die EU-Mitgliedschaft immer weniger wichtig



#### Diagramm zur Eurobarometer-Umfrage vom Juni 2023

Wie wichtig ist den Bürgern in den 27 Mitgliedsländern die EU?

An der Balkenlänge lässt sich die „Wichtigkeit der EU-Mitgliedschaft“ gut erkennbar ablesen. Österreich ist gegenüber dem Vorjahr an die viertletzte Stelle zurückgefallen. Gerade einmal 36 Prozent finden die EU-Mitgliedschaft für wichtig. Noch weniger Zustimmung zur Europäischen Unfriedensunion zeigten die Bewohner der Länder Slowakei (32%), Bulgarien (31%) und Tschechien (23%).

Bild: VN/Eurobarometer-Grafik - Screenshot

### Verbindliche Volksabstimmungen für Frieden und Gesundheit in Italien

Es ist einer breiteren Öffentlichkeit völlig unbekannt, dass es neben der Schweiz ein weiteres Nachbarland Österreichs gibt, in dem die wahlberechtigte Bevöl-

kerung die Möglichkeit hat, eine Volksabstimmung zu verlangen, deren Ergebnis von der Politik umgesetzt werden muss. So werden in Italien zurzeit Unterschrif-

ten für die Beendigung von Waffenlieferungen an die Ukraine und Beibehaltung bzw. Verbesserung des staatlichen Gesundheitswesens gesammelt, unter

*(Fortsetzung auf Seite 8)*

weitgehendem Totschweigen der Medien im In- und Ausland. Wie in anderen Ländern Europas ist auch die Bevölkerung Italiens laut Umfragen nicht mehr bereit, Waffenlieferungen in die Ukraine und andere kriegführende Länder zu finanzieren und damit immer größeres Leid zu verursachen, während



das öffentliche Gesundheitswesen im eigenen Land am Kollabieren ist, wie sich in der Pandemie gezeigt hat.

Gemeinsam mit zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus Politik, Kirche und Gesellschaft

gelang es den beiden Komitees „Lehnt den Krieg ab“ und „Zukünftige Generationen“, eine landesweite Kampagne in die Wege zu leiten. Seit Mitte Mai können die stimmberechtigten Bürger im öffentlichen Raum, bei ihrer Gemeinde oder auf elektronischem Weg mit ihrer Unterschrift eine Volksabstimmung zu den beiden Anliegen verlangen. Sobald die Zahl von mindestens 500 000 Unterschriften erreicht ist, prüft das Verfassungsgericht die Zulässigkeit des eingereichten Antrags.

Wenn die Zulässigkeitsprüfung des Verfassungsgerichts erfolgreich verläuft, sind die Staatsorgane verpflichtet, eine Volksabstimmung zu organisieren. Das Referendum gilt als angenommen, wenn mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten an der Abstimmung teilnimmt und wenn die Mehrheit der Abstimmenden damit einverstanden ist. Die Politik muss sich nach diesem Resultat richten. Seit der Einführung des Referendumsrechts sind bereits mehrere Volksabstimmungen erfolgreich durchgeführt worden, etwa 2011 gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. *Quelle: voicefromrussia.ch*

### Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wengleich wir offen gestehen, dass freiwillige finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären.

**Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

**Redaktionsschluss: 19. August 2023**

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.

Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich (NFÖ)*, 6010 Innsbruck, Postfach 110;

Telefon: 0699 144 303 47; E-Mail: [buendnis@nfoe.at](mailto:buendnis@nfoe.at); Bankverbindung:

IBAN: AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen;

DVR3000098

## VERANSTALTUNGEN & TERMINE

### Vortrag mit Diskussion

Thema: **Bedeutung der immerwährenden Neutralität für Österreich!**

*Je verantwortungsloser österreichische Politiker unsere Neutralität gefährden – die Beteiligung am Nato-Skyshield zeigt es von neuem – desto wichtiger ist es, dass die Bevölkerung ihre Beibehaltung einfordert!*

Dienstag, **24. Oktober 2023**, Beginn 19 Uhr  
Bio-Weinbau & Heurigenschank „ZUM BERGER“, Himmelstraße 19, 1190 Wien – Grinzing, Großer Saal  
Vortragender: Oberst i.R. Gottfried Pausch  
Nähere Informationen Tel: 0699 144 303 47

\*\*\*

### NFÖ-Wien – Friedensgespräch

jeden 3. Dienstag im Monat: Beginn 18 Uhr,  
Cafe „Frey“, Favoritenstr.44, 1040 Wien  
Nähere Informationen: Tel. 0676 406 5409

\*\*\*

### NFÖ-Salzburg – Friedensgespräch

Freitag, 22. September 2023, Beginn 17 Uhr  
Haus „Wartenberg“, Riedenburgerstraße 2  
(Beginn Bayernstraße) in Salzburg-Stadt  
Nähere Informationen: 0699 1720 0336

\*\*\*

### NFÖ-Wien – Friedensgespräch

jeden 3. Dienstag im Monat: Beginn 18 Uhr  
Cafe „Frey“, Favoritenstr. 44, 1040 Wien  
Tel: 0676 406 5409

\*\*\*

### NFÖ-Vorarlberg – Friedensgespräch

Samstag, 30. September 2023, Beginn 17 Uhr  
Pfarrheim Schoren, Br. Klaus-Raum, Schorenquelle 5,  
Dornbirn, Nähere Informationen: Tel: 0699 144 303 47

\*\*\*

### NFÖ-Tirol – Friedensgespräch

Donnerstag, 12. Oktober 2023, Beginn 17 Uhr  
Gasthaus „Tiroler Weinstube“, Gumpstraße 38, Innsbruck  
Nähere Informationen: Tel: 0699 1162 8644

\*\*\*

### NFÖ-Infostände Salzburg

Donnerstag, 21. September 2023, 8:00 - 13:00 Uhr  
beim Schranenmarkt (Abgang zur Tiefgarage Mirabell)  
Freitag, 22. September 2023, 10:00 - 14:00 Uhr  
am Grünmarkt, (Eingang zur Kollegienkirche)  
Ausweichstandort bei Starkregen: Ritzerbogen  
(Durchgang vom Grünmarkt zum Café Fürst)

Die Parlamentarische Bürgerinitiative

**STOPPT DIE SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND – SOFORT!**

kann am Infostand unterschrieben werden  
Nähere Informationen, Tel: 0699 144 303 47

\*\*\*

### ÖXIT- Demonstration

(Vorankündigung)

7. Oktober 2023, Beginn voraussichtlich 14 Uhr in Wien  
*Bitte melden Sie sich, damit wir eine gemeinsame Bahnfahrt organisieren können.*

Nähere Informationen: Tel: 0676 406 5409 und [www.nfoe.at](http://www.nfoe.at)

